



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erkredition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Aufträge auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 70. Mittag-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 11. Februar 1875.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

#### 10. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 10. Februar.)

11 Uhr. Am Ministerial-Graf zu Culenburg, Achenbach, Friedenthal und die Geh. Räte Perjus und Wohlers. — Der Abg. Gremer (Centrum) ist in das Haus eingetreten.

Die Commission zur Vorberatung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Anlage und Bebauung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften ist gewährt und hat sich konstituiert: Virchow, Vorsitzender; Graf Winklerode, Stellvertreter; Gajewski und Hagen, Schriftführer; Jelle, Klok (Homburg), Brühl, Frenger, Hübner, Dr. Dohrn, Stader, Bähr (Rassel), Moestel, Prinz Handjery. Vom Cultusminister sind eingegangen eine Uebersicht von der Verwaltung der klinischen Anstalten der Universitäten für 1873 und eine Nachweisung, betreffend den Unterricht für taubstumme und blinde Kinder.

Die gestern unterbrochene erste Beratung der Provinzial-Ordnung und des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Verwaltungsgerichte, wird fortgesetzt.

Abg. Graf Winklerode wendet sich zunächst gegen die gestrige Aeußerung Virchow's, daß alle Organisationsgesetze gleichzeitig für alle Provinzen hätten vorgelegt werden müssen; das Haus ist bei Beginn der Session durch die eingebrachten Vorlagen so reich ausgestattet worden, wie noch nie, und das Ministerium verdient vollen Dank für die gleichzeitige Vorlegung der vier Organisationsgesetze. Es gehört schon ein guter Magen dazu, um zu verdauen, was vorgelegt ist. Was die Vorlagen selbst angeht, so glaubt der Redner, daß sich zu ihrer Durchführung die nötige Zahl geeigneter Leute schon finden wird; eine solche Befürchtung ist in anderen Ländern eher gerechtfertigt als in Deutschland; Frankreich z. B. wird sich niemals zu einer derartigen Organisation auflassen, auf deren Durchführbarkeit die Zukunft Preußens und Deutschlands beruht. Die Bestimmungen des § 112 über die Besteuerung sind im höchsten Grade überraschend; die Staatsregierung scheint anzunehmen, daß die Nicht-Heranziehung der Jorensen und des Domänenbesitzes sich zwischen den einzelnen Provinzen ausgleichen werde; das wird jedoch nicht der Fall sein, weil der Domänenbesitz und das Vorhandensein von Jorensen in den einzelnen Provinzen so verschieden ist, daß manche, durch Entziehung dieser Steuer eine bedeutende Schädigung erfahren, andere diesen Ausfall kaum bemerken würden.

Man kann sagen, die Aufgaben der Provinzen seien im höheren Grade Aufgaben des Staats, als die der Kommunen; während man also bei den Kommunen das Maß der Steuerpflicht des Einzelnen nach Leistung und Gegenleistung abzuheben hätte, müßte man in den Provinzen die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit einrichten. Nach dieser Betrachtung hätte nun die Regierung den Schritt ganz thun und die Provinzialabgaben als Zuschläge zur Einkommensteuer constituieren müssen. Es ist ferner ein unabweisliches Bedürfnis, daß endlich die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Kommunen festgestellt würden. Die Kreisordnung bestimmt, daß, wenn einzelne Kommunen oder Kreiscorporationen nicht mehr das leisten können, was ihnen obliegt, der größere Verband eintreten muß; heuteutage werden nun in einzelnen Kommunen 50, in anderen 200—300 Prozent der Staatssteuern als Kommunalabgaben erhoben; wo ist da die Grenze der Leistungsfähigkeit? Die Bestimmung der Kreisordnung ist also bis jetzt nichts mehr als eine schöne Phrase, während nach der Ansicht des Redners die Leistungsfähigkeit der Kommunen nach den Jntreden aus der Einkommensteuer, nicht aus andern Steuern bemessen werden müßte. Diese ganze Steuerfrage steht immer noch auf dem Punkte, den sie in der Kreisordnung einnahm; ihre Verheißungen werden in dieser Vorlage wiederholt, aber der Lösung der Aufgabe scheint das Ministerium immer noch nicht näher treten zu wollen. Die weitere Frage, ob dem Oberpräsidenten nicht ein für allemal der Vorbehalt im Provinzialauschuß übertragen werden müsse, ist entschieden zu bejahen im Interesse der Vereinfachung des Mechanismus und um dem Aufschubrecht des Staats einen adäquaten Ausdruck zu geben. Der Bezirksauschuß ist nichts als ein Organ, das sich der Provinzialauschuß anschließen mag, und das mehr zur inneren Ordnung gehört, als daß man ihm dem Provinzialauschuß gegenüber besondere Functionen geben wird.

Was nun die Regierungspräsidenten angeht, so scharf ist die Vorlage dadurch, daß sie ihnen die Schul-, Domänen- und Forstfachen abnimmt, ihre Thätigkeit so bedeutend ein, daß ihre Fortexistenz nicht zu rechtfertigen ist. Einige sonstige Angelegenheiten, die man früher den Regierungen übertragen hat, weil sie einmal da waren, rechtfertigen die weitere Erhaltung der Regierungspräsidenten noch nicht; denn man wird sie doch nicht beibehalten wollen, bloß um einige unwichtige Geschäfte zu erledigen? Es bleiben ihnen allerdings vorläufig noch einige bedeutende Geschäfte, die man aber bald anderweitig besorgen lassen und dazu gelangen wird, die Regierungspräsidenten auf den Ausßerbetrieb zu setzen. Nachdem der Redner schließlich die Vereinigung der Verwaltungsgerichte mit dem Bezirksauschuß dringend empfohlen, beantragt er die zur Beratung stehenden Gesetze an eine Commission zu verweisen.

Abg. Lasker: Mit dem Abg. Winklerode halte ich es für besonders wichtig, daß wir uns die völlige Verschiedenheit klar machen zwischen den kommunalen Aufgaben und denen der Landesverwaltung. Die Selbstverwaltung in kommunaler Beziehung hat die Bedeutung, daß jede Gemeinde ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten unter Aufsicht des Staats selbst besorgt; die Verwaltung der Landes-Angelegenheiten kann nur von den Organen des Staats ausgeübt werden; Organe der Selbstverwaltung können hier nur bis zu einem gewissen Grade mitwirken und stets nur unter der Aufsicht und im Namen des Staats. In Bezug auf die gutsherrliche Polizei haben wir ebenfalls den Grundsatz verfolgt, daß sie nur im Namen des Königs ausgeübt werden könne. Halten wir diesen Unterschied der Aufgaben nicht fest, so geraten wir in alle die Irrthümer, die gestern vielfach ausgesprochen wurden. Auf den unteren Stufen freilich sind diese Unterschiede schwer auseinander zu halten, in den oberen aber werden sie immer größer. In der Gemeinde ist es z. B. bei tausend Angelegenheiten der Polizei sehr schwer zu unterscheiden: ist dies eine Gemeinde- oder eine Landes-Angelegenheit; und deswegen hat sich auch die Tendenz gebildet, die Polizei so viel wie möglich in die Hände von Communalbeamten zu legen, während es in größeren Städten eine königliche Landespolizei giebt.

In den Kreisen verlangte bei Beratung der Kreis-Ordnung der Antrag eines gewissen Verwaltungsbeamten, des Abgeordneten von Bonin, völlige Trennung zwischen Kommunal- und Polizei-Landesangelegenheiten. Obschon der Antrag damals nicht viele Stimmen erhielt, so haben die Gegner desselben die Berechtigung des ihm zu Grunde liegenden Gedankens nicht angezweifelt und ihn nur deshalb bekämpft, weil der bisherige Zustand sich in der Praxis bewährt hatte. Wir sind lediglich deshalb zu dem Kreisauschuß mit dem Landrath an der Spitze gekommen. Herr Abgeordneter Friedenthal meinte damals sogar, die Gemeinschaft zwischen kommunalen und wirtschaftlichen Angelegenheiten böre bei den Kreisen auf; bei den Provinzen sei das gar nicht mehr zu finden, so daß also die Abnahme der Landesangelegenheiten an die wirtschaftlichen Organe gar nicht mehr anzunehmen sein werde. Ich freue mich, daß die Vorlage auch bei den Provinzen diese Unterscheidung anerkennt, zugleich aber den richtigen Satz des Abgeordneten Friedenthal aufgenommen hat, daß in der Provinz die innere Gemeinschaft zwischen den wirtschaftlichen und den Landesangelegenheiten doch eine weniger innige ist, als im Kreis. Das Wesentliche bei dieser Gemeinschaft besteht darin, wer die Dinge in letzter Instanz ausführt. Lediglich aus diesem Grunde steht der Landrath an der Spitze des Kreisauschusses; und deshalb hat Niemand vorgeschlagen, daß wir den Landesdirector für die Provinz beiseitigen und der Oberpräsident auch die wirtschaftlichen Angelegenheiten für die Provinz ausführe. Letzteres würde in der That eine zu große Last für ihn sein. Und wenn dafür ein besonderer Landesdirector gewählt wird, wie kommt der Oberpräsident dazu, im Provinzial-Auschuß den Vorsitz zu führen? Die Theilnahme der Selbstverwaltung in Landesangelegenheiten muß sich an die communale Selbstverwaltung anlehnen, aber identisch sind sie nicht und ich halte die Scheidung, wie sie in der Vorlage in kommunalen Angelegenheiten der Provinz gemacht ist, für sehr richtig und ich solle dem Theil der Vorlage, welcher der kommunalen Ordnung gewidmet ist, unbe-

dingten Beifall. Man hat das Wahlsystem der Vorlage vielfach angefochten. Daß in der Provinz die drei Interessengruppen, welche in den Kreisen noch auftreten, verschwinden, würde ich begrüßen, wenn die Aufhebung ohne Beeinträchtigung der hohen Entwicklungsziele möglich wäre.

Daß durch die Wahlen im Kreise eine immer einseitigere Tendenz verfolgt werde und namentlich das städtische Element nicht gehörig zur Geltung gelange, befürchte ich nicht. Man glaube ein besseres Resultat zu erzielen, wenn man zwei Kreise miteinander wählen ließe. Ich kann jedoch von der Vereinigung von Körperschaften lediglich zum Zwecke der Wahl keinen Nutzen, vielmehr nur Schaden erwarten. Das Zurückgehen auf Urwahlen wird das Haus wohl nicht belieben und ich halte es deshalb für das Beste, die Kreise für sich wählen zu lassen. Die Commission wird allerdings dafür zu sorgen haben, daß den Städten das ihnen gebührende Maß der Vertretung eingeräumt werde. In dieser Hinsicht werden wir der Vorlage nicht überall zu folgen und namentlich nicht allein die Einwohnerzahl zur Grundlage zu machen, vielmehr für eine Vertretung der großen Städte im Provinzial-Landtag zu sorgen haben. Die Wahrnehmung der Interessen der großen Städte wird bei der zukünftigen Reform der Städteordnung noch eine große Rolle spielen. Die Einteilung der Organisation ergibt sich ganz von selbst. Ich halte es für einen fruchtbaren Gedanken, gewisse Anordnungen einem Theile des Provinzialauschusses allein zu überlassen, der gleichsam als Bevollmächtigter des Ganzen erscheint. Hinsichtlich der kommunalen Selbstständigkeit, welche dem Provinzialauschuß beigelegt wird, können die Ansprüche nicht höher gespannt werden, und ich war erpönt, als gestern mehrere Redner erklärten, daß in der Provinzialordnung die Selbstverwaltung sehr verkümmert werde. Herr Abg. v. Heeremann beklagte sich, die Selbstständigkeit werde dadurch verleugnet, daß nicht genug Statutenrechte dem Provinzial-Landtage gegeben werden. Haben wir denn diese Statutenrechte nicht gerade im Namen der Selbstverwaltung eingeschränkt, indem wir sagten, daß die Herren einfach aus allem Herkommen Selbstgesetzgebung mit Selbstverwaltung verwechselten. Dann klagen Sie die Majorität des Hauses an, die Regierung war bereit, unendliche Statutenrechte zu geben, (Graf Culenburg macht eine verneinende Bewegung) wenigstens viel weitergehende; wir aber haben sie eingeschränkt.

Uebrigens sollen nur nicht Statuten wider die Gesetze und gesetzlich geordnete Dinge gemacht werden können. Das Statutenrecht reicht also vollkommen aus. Herr Abg. Schlüter beklagte sich darüber, daß die Kommunen unter Staatsaufsicht stehen sollen, indem dies die Selbstverwaltung beschränke. Ständen sie aber nicht unter dieser Aufsicht, so würde dies zur Anarchie führen, wir würden aufhören, ein gemeinsamer Staat zu sein. (Zustimmung.) Insbesondere müssen die Gemeinden, da wo es sich um neue Belastungen handelt, unter den Schutz der Bestätigung des Staates gestellt werden, zumal wir den Kommunen das Besteuerungsrecht in unbegrenztem Maße geben und ihnen nur den Steuermaßstab und die Art der Steuer vorschreiben. Kein Land der Welt, Amerika und England nicht ausgenommen, würde ein minderes Aufschubrecht in Anspruch nehmen, als unsere Regierung in der Vorlage. Eine mehr freie Willkür Ordnung ist nicht möglich; wir kommen sonst an die Grenze, wo Gefährlichkeit an die Stelle der Freiheit tritt.

Ich komme nun zum zweiten Theil der sich auf die Landesverwaltung bezieht. Auch hier habe ich bei den Vordrängern ein Zusammenstoßen verschiedener Dinge gefunden: die wirkliche Volkshoheit und die Entscheidung von Streitigkeiten wird nicht genug auseinandergehalten. Letztere ist, wie Herr von Köller gestern richtig bemerkte, meist nur ein Zwischenfall, die eigentliche Verwaltung besteht in der Ausführung, die unmittelbar in letzter Instanz immer durch eine einzelne Person erfolgt, weil die Exekutive eine Mehrheit von Willen gar nicht verträgt, die sich schließlich gegenseitig paralysieren müßten. Ein zweites Moment ist die Verantwortung, die mit der Ausführung betrauten Beamten, die zurückgeführt werden muß, auf die Centralregierung, die uns darüber Rede zu stehen hat, wie die Dinge gegen die Gesetze im Lande verlaufen. Es ist dies auch in der Vorlage dadurch klar gestellt, daß der Oberpräsident, wo er ungünstig entscheidet, disciplinärhaft dafür verantwortlich gemacht wird. Kann man nur ein so contriviertes Organ dazu berufen, Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden, für deren Entscheidung eben keine Verantwortlichkeit, sondern gerade das Gegentheil, völlige Unabhängigkeit vorhanden sein darf? Das ist unmöglich in einem Organe zu vereinigen. Wenn man das in der untersten Instanz, beim Kreisauschuß allenfalls hingenommen läßt, in der Berufungsinstanz können Sie dieses Gemisch nicht hinnehmen, wenn Sie nicht die Idee einer selbstständigen richterlichen Entscheidung in Verwaltungssachen aufgeben wollen. Um so mehr war ich erstaunt, gestern zu hören, daß Herr von Kardoff die Verwaltungsgerichte durch die Provinzial- oder Bezirks-Auschuße ersetzen wollte, und auf der anderen Seite die Verwaltungsstreitigkeiten am liebsten an die ordentlichen Gerichte abzugeben hätte. Ich glaube also, daß man auch hier die Scheidung nicht scharf genug vorgenommen hat, woran wohl ein drittes Element die Schuld trägt. Es besteht dies in der Nothwendigkeit von Beschlußbehörden auch für die Exekutive, die in einigen Fällen, wo über die Anwendbarkeit eines Gesetzes Zweifel entstehen. Solche Sachen sind nicht von Verwaltungsgerichten zu entscheiden.

Ist z. B. die Beurtheilung eines Bebauungsplanes wirklich eine judizielle Angelegenheit? Aber die Verwaltungsbeschluß-Bebehörde muß darüber entscheiden, wenn wir sie nicht einem einzelnen Beamten anvertrauen wollen. Ist die Frage der Bestätigung von Gemeindevorstehern eine solche, die das Verwaltungsgericht oder nicht vielmehr eine solche, die die Beschlußbehörde zu entscheiden hat? Sehr correct bemerken daher auch die Regierungsmotive, daß überall da, wo Privatpersonen glauben, daß sie gegen das Gesetz beeinträchtigt würden, sich nicht an die Beschlußbehörde, sondern auch die Verwaltungsgerichte zu wenden haben. Der Entwurf hat daher zu meiner Freude diese Unterschiede richtig erkannt, und diesmal klarer geschieden, als im Vorjahre. Diese Verwechselung der unter persönlicher Verantwortung handelnden Exekutive mit der interpretirenden Thätigkeit der Beschlußbehörde hat zu der sehr dunklen Geschichte unserer Regierung geführt, deren schließliches Resultat das schlechteste aller Systeme war, daß nämlich die Macht beim Regierungspräsidenten allein war, während die Verantwortlichkeit auf das Collegium fiel. Hier aber soll der Oberpräsident ganz allein die letzte Ausführung haben, aber überall da, wo ein Beschluß nötig ist, bleibt das Collegium bestehen, nur werden die Regierungsräthe durch die Mitglieder der Selbstverwaltung ersetzt. Wer die Bestätigung auspricht, daß wir damit einem Präfecturssystem entgegen gehen, hat die Absicht und die Wirkungen der Vorlage gar nicht begriffen. Die Collegialität wird vielmehr gestärkt überall da, wo sie angebracht ist. Die Competenzen derselben im Einzelnen festzustellen, ist bis jetzt nicht gelungen, und ich möchte wohl den Künstler sehen, der im Stande wäre, sie auszuscheiden. Sie finden sie zerstreut im Wahlgesetz, im Gesetz über die Bebauung von Städten und ländlichen Ortschaften u. s. w.

Nun habe ich die Befürchtung, daß der Provinzial-Auschuß möchte einem mächtigen Vorstehenden gegenüber, wie der Landesdirector, der Oberpräsident, nicht gut auskommen können. Es scheint mir das, wie der Entwurf der Kinder gegen einen großen Mann, sie sagen: Wir zwölft sind zu schwach, gegen den Einen aufzutreten. Aber der Oberpräsident hat nichts weiter als eine Stimme unter 12, 13 bis 20 Stimmen und wenn Sie die einzige Ausnahme nehmen, in der er Suspension eintreten lassen kann, nämlich wenn der Auschuß die Gesetze überschreitet, so werden Sie mir zu geben, daß irgendwo der Staat doch eintreten muß gegen Gefährlichkeit und Ausbeutung. Und hier entscheidet keineswegs der Oberpräsident, sondern der höchste Gerichtshof in Verwaltungssachen. Ich behaupte daher umgekehrt: Bei der großen Unabhängigkeit des Kreises, des Bezirks-, des Provinzialauschusses, des Verwaltungsgerichts u. s. w. bietet kein Land der Welt so viel Garantien für die Herrschaft des Gesetzes und die Wirksamkeit der Selbstverwaltung!

Ich komme nun zu dem Verwaltungsgericht selbst. Der Kreisauschuß bleibt die unterste Instanz unter dem Namen „Verwaltungsgericht.“ Als Zwischeninstanz kommen die sog. Bezirksgerichte. Der wesentliche Unterschied gegen den vorjährigen Vorschlag ist, daß die Theilnahme des Verwaltungs- und des Gerichtsbeamten nicht mehr ein Nebenamt sein soll. Ich begrüße diesen Gedanken mit Freuden, halte es aber nicht für nothwendig, jedem Bezirksgerichtshof zwei eigene Beamte vom Beruf beizugeben. Das

Proceßdecernat ist so wie so ein verschwindend kleines, das auch ein Bureaubeamter erledigen könnte. Es wird ausreichen, wenn die beiden bezugs-mäßigen Beamten in den 2 oder 3 Bezirksgerichten der Provinz mithelfen. Ernennen Sie daher für jede Provinz einen richterlichen und einen Verwaltungsbeamten und schicken Sie dieselben in die einzelnen Bezirke hinein, so bald die Terminzeit ansteht. Der Gedanke ist keineswegs fremd, er kehrt wieder in dem Schwurgerichtspräsidenten, in den sog. fliegenden Deputationen u. s. w. Der höchste Gerichtshof muß nothwendig über den einzelnen Gerichten sich aufbauen, sehr richtig ist seine Competenz als bloße Revisionsinstanz geffigen.

Ich bin aber durchaus damit einverstanden, daß die sämmtlichen Mitglieder dieser Behörde ernannt werden sollen, und nicht aus Wahl oder Präsentation hervorgehen haben. Ich möchte wohl wissen, welche Organe wir überhaupt hätten, um solche Wahlen zu einem Verwaltungsgerichte vorzunehmen. Doch nicht etwa das Abgeordnete- und das Herrenhaus? So sehr wir auch behaupten werden, daß wir diese Wahlen lediglich nach sachlichen Rücksichten vollziehen, so wird es uns doch gehen, wie bei den Wahlprüfungen: es wird keiner seinen Parteistandpunkt verlassen. Daß die Präsentation aber nicht einer neu zu wählenden Provinzialvertretung überlassen werden darf, darin werden Sie mir Alle bestimmen. In Beziehung auf das Verfahren bei den Verwaltungsgerichten interessiert zuerst die sehr wichtige Frage der Berufung. Man würde sie von dem Kreisauschuß nicht wohl entbehren können, wenn man nicht einzelne Bagatellfachen ausscheiden will, was ich zur Verminderung der Arbeitslast empfehlen möchte. Dagegen halte ich eine Berufung von dem Bezirksgericht neben der Revision nicht für nötig, jedenfalls ist die Gefahr, wenn eine Instanz ausfällt, keine große. Ich halte aber für sehr unzeitig, hier ein Proceßverfahren aufzustellen, während wir dabei sind, den deutschen Proceß zu machen. Vielleicht lohnt es sich, den Versuch zu machen, zu erklären, das Proceßverfahren sei in dem betreffenden Lande giltige Verfahren, und die einzelnen Modificationen aufzuzählen, so daß von selbst der deutsche Proceß mit einigen Modificationen Anwendung finden würde.

Aber noch eine andere Institution wünsche ich gern beiseitigt, oder doch wenigstens in engere Grenzen eingeschränkt, den Staatsanwalt. Derselbe paßt in den Rahmen des sonst so vortrefflich geordneten Gesetzes nicht hinein.

Was nun die Frage der Provinzialverwaltung in Bezug auf Landesangelegenheiten anlangt, so scheinen mir im Gegensatz zu dem Abg. Virchow die Linien der zukünftigen Verwaltung klar gelegt, für mich in einzelnen Punkten zu klar. Die von dem Abg. Virchow gestern angeregte Frage, ob die Provinzen Preußens berechtigt wären, sich historisch-politische Individualitäten zu nennen, lasse ich bei Seite, da es sich dabei lediglich um die Frage handelt, wie lange Landesherrschaften zusammengehören müssen, um auf diesen Titel Anspruch machen zu können, eine Untersuchung, die für den Historiker und Antiquar sehr interessant sein mag, hier aber nicht in's Gewicht fällt. Ich würde es für ein gefährliches Experiment halten, die neue Verwaltung mit dem Umsturz des Provinzialsystems einzuführen. Uebrigens hielt Abg. Virchow selbst die Provinz für die beste Trägerin, um auf ihr eine mächtige Decentralisation aufzubauen. Daß die Stellung des Regierungspräsidenten eine ganz unhaltbare ist, hat Abg. Miquel gestern schon dargelegt. Es hat sich überall die Meinung dahin gerichtet, die bedeutenden Angelegenheiten der Provinz zurückzugeben und die Gesamtheit der Verwaltung in der Provinz zu centralisieren. Schleswig und Holstein erklärten, sie hätten einen politischen Grund, zusammenzubleiben, auch Hannover war gegen eine Zersplitterung in mehrere Bezirke, welcher Wunsch nur lokaler Bedürfnisse wegen, welche die Landdrosteien verlangen, nicht erfüllt werden konnte; im Prinzip stellte sich ihm die Regierung nicht entgegen. Nur zufällig zusammengebracht sind die Provinzen Posen und Nassau; eine Trennung wäre ihnen deshalb sehr erwünscht. (Widerspruch des Abg. Petri.)

Anßerdem wünscht Westpreußen, aus der Verbindung mit Ostpreußen entlassen zu werden. Die Commission wird die Berechtigung dieser Wünsche zu prüfen und ferner zu erwägen haben, ob es sich empfehle, die Rheinprovinz in mehrere Bezirke zu theilen. Bezüglich Schlesiens ist eine Theilung wohl nicht möglich. Befremdet hat es mich, daß der Herr Minister des Innern gestern erklärte, die Kritik gegen die Stellung des Regierungspräsidenten sei keine herbe gewesen, obgleich der Widerstand gegen dieselbe ein sehr erheblicher war. Ich glaube, er that es in der Meinung, daß auch von Regierungswegen auf die Basis unserer Verfassung einzutreten sei. Wollte ich Alles anführen, was sonst noch bezüglich einzelner Punkte sich gegen die Vorlagen sagen läßt, so müßte ich nicht zwei Stunden, sondern zwei Tage sprechen. (Heiterkeit.)

Ich komme jetzt zu einigen allgemeinen Fragen. Erstlich: ist es denkbar, daß diese Reform vollzogen werde für einzelne Provinzen? Es ist das absolut undenkbar. Es ist nicht möglich, den Osten auf der Grundlage der Selbstverwaltung zu organisieren und dem Westen seine bureaukratische Verwaltung zu lassen. Das letzte Endziel ist die Entlastung der Regierung. Meiner Meinung nach leidet unser Staatswesen jetzt an Congestionen nach dem Kopfe. (Heiterkeit.) Unsere Arbeit ist darauf gerichtet, den Ueberreichtum an Stoff der Centralregierung abzunehmen und auf die einzelnen Behörden zu vertheilen. Sehen Sie doch jetzt unsere Minister, unsere Geheimräthe! die verdienstlichsten Männer, alle nervös, alle erschöpft! (Große Heiterkeit, in die der Minister des Innern lebhaft einstimmt.) Geheimrath Perjus und Minister Dr. Friedenthal protestieren durch Kopfschütteln.) Es kann vielleicht einer der Herren Minister ausgenommen werden, der sich noch in der ersten Zeit seiner Functionen befindet. (Heiterkeit.) Sind wir denn nicht mit befangen in diesem großen Nebel unserer Zeit, die Last ist so bewältigend, daß jeder von uns allenfalls in den Ferien in normaler Freundlichkeit mit seinem Nachbar spricht. (Heiterkeit.) Entlasten wir also die Regierung und legen wir endlich mit dem Befehl die kleinen Schängel, die unsere Ministerien anfüllen, heraus. Bagatellfachen, die Niemand vom Kreisrichter ans Appellationsgericht bringen würde, werden zur Entscheidung an die Minister gebracht.

Als die Schankgerechtigkeiten noch nicht den Gerichtshof zur Entscheidung über Verlegung von Concessionen hatten, mußten wir fortwährend über Petitionen wegen verweigerter oder entzogener Schankconcession verhandeln. Die Minister waren mitgeplagt und ein Ministerialrath, den ich für kein geringes Institut in unserer Staatsverwaltung halte, mußte immer mit dem Acten in die Petitionscommission kommen, um Aufschluß darüber zu geben, wie viel Fuß das betreffende Haus von der Kirche entfernt sei, wie viel Schankhäuser bereits da seien und wie viel Trinkbedürfnis an dem betreffenden Orte herrsche. (Heiterkeit.) In kleinen gemeindlichen Verhältnissen kann man so etwas treiben, jetzt beschäftigt sich aber das Haus mit solchen Beschwerden nicht mehr. Da sich dieselben nun in den Ministerien anhäufen, so müssen wir auch diese davon entlasten. Der Proceß des Abziehens des überflüssigen Blutes aber nur in den städtischen Provinzen vorzunehmen, halte ich nicht für möglich; es würde der preussische Staat sonst in der That in zwei Hälften, drei Drittel oder sechs Sechstel zerlegt. In der Justizcommission habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß ich von einem juristischen Mitgliede aus der Rheinprovinz weiter entfernt war, als von irgend einem aus einem fremden Staate, und ich wünsche nicht, daß wir in der Verwaltung gleich große Verschiedenheiten zwischen Osten und Westen erhielten. Es ist ganz unpolitisch, in einer Provinz die Reform ruhig weiter zu führen und es in der anderen völlig beim Alten zu lassen. Ebenjowenig bin ich der Meinung, daß auch nur die Forderung gestellt werden kann, sämmtliche auf uns bezügliche Staatsgesetze uns gemeinschaftlich und zur selben Zeit vorzulegen. Fast alle organischen Gesetze werden berührt von der Reform der Kreisordnung, der Provinzialordnung und der Einführung der Verwaltungsgerichte, ja ich kenne überhaupt kein Gesetz, welches irgendwie einen organisatorischen Inhalt hat, das nicht ergriffen wird von den gewaltigen Reformen. Also wir haben nicht darnach gestrebt, so lange zu warten, bis der Tisch reichlich besetzt wäre.

Die liberale Partei hat früher einmal geglaubt, sie werde die Kreisordnung allein zu Stande bringen können und sie vielleicht gleichzeitig mit der Provinzialordnung behandeln müssen, aber an eine Erschöpfung des Themas hat nie eine Partei gedacht. Wenn ich nun keine Provinz der Monarchie kenne, die auch nur eine Zeit lang ausgeglichen werden darf von den Reformen, so möchte ich dabei folgende Methode festhalten. Ich weiß, daß in einzelnen Theilen der Monarchie sehr starke Bewegungen gegen



das Tableau der Reformgesetze ins Werk gesetzt werden, aber darüber sind alle Provinzen einig: die Kreisordnung, als den Beginn der Reformen, wollen sie alle haben. Die weitere Frage ist: wie weit verlangt eine solche Kreisordnung auch die Reform der Gemeindeordnung? Nun, da über alle ich mich der Methode, die wir bei unserer Kreisordnung mit Glück befolgt haben. Es ist lediglich zu unteruchen, in wie weit es notwendig ist, Theile der Gemeindeordnung in die Kreisordnung mit aufzunehmen, und dann bin ich bereit, sofort ans Werk zu gehen. Ich verlange aber nicht bloß die formale Bildung von Kreistagen, sondern wünsche sie mit innerem Leben zu erfüllen, wie in den östlichen Provinzen, denn mit einer Schöpfung will ich mich nicht abfinden lassen. Mir ist es unzweifelhaft, daß die Reform der Gemeindeordnung nicht lange Zeit mehr aufgeschoben werden kann. Die Regierung, ist gesagt worden, erkennt dieses Bedürfnis an, will aber, daß der Zeitpunkt ihr überlassen bleibt. Wenn aber die Frage, das Wann zu bestimmen, ihr überlassen bleibt, dann ist eben nichts bestimmt. Auf diese Zeit der regen Thätigkeit wird eine Zeit der Abspannung kommen, jetzt aber müssen wir das bereits gebildete System in 3 — 5 Jahren ausführen, und der schlimmste Uebelstand wäre, wenn eine Erschlaffung vorher eintreite, die wir Menschenalter lang zu befechten haben würden. Der Minister sagt: nicht nur die Selbstverwaltung, auch politische Rücksichten kommen dabei in Betracht. Es wird alle Welt sehen, daß hier noch etwas verborgen ist, was bis jetzt noch nicht klar in der Diskussion hervortrat. Vielleicht wird uns der Abg. v. Sybel, der auf der Rednerliste steht, hierüber näheren Aufschluß geben.

Aber die Frage ist keine, welche die Rheinprovinz allein berührt; auch in einer anderen Provinz könnte man die Selbstverwaltung benutzen, um politischen Widerstand zu leisten. Ich kenne keinen größeren Widerpruch gegen unsere ganzen Reformgesetze, als den Satz, daß die Selbstverwaltung auch eine Machtfrage sei. Gegen den Staat kann und darf sich die Selbstverwaltung niemals auflehnen. Sobald einem Kreisausschuß die regelmäßige Tendenz nachgewiesen wird, aus politischen Rücksichten beispielsweise einem liberalen oder einem conservativen Gesetzbefürworter gewisse Berechtigungen zu verweigern, etwa dem einen zu gestatten, eine Damaszinmaschine auf seinem Felde aufzustellen, dem anderen nicht, so zweifelt es keinen Augenblick, daß die Verwaltung dazu berechtigt sei oder die Gesetzgebung die Mittel gewähren muß, einen solchen Kreisausschuß aufzulösen und durch eine Commission zu ersetzen, welche unparteiisch verwalte. Die Idee des Gesetzes darf in keinem Falle in ihr Gegenteil verwandelt werden. Es giebt keinen Parteienwiderstand im ganzen Lande, der nicht mit Hilfe der Gesetzgebung und mit Hilfe der Regierungsgewalt könnte niedergehalten werden, sofern dieser Parteienwiderstand sich auf einer ungesunden Basis gründen will. Jögern wir also nicht, mit dem großen Ausbau dieser Gesetzgebung weiter zu gehen, damit nicht etwa in der Mitte der Arbeit die sehr zu fürchtende Erschlaffung eintreift, die, wenn wir fertig sind, gefährlich ist und später möglicherweise auch eine ganz conservativ Richtung im Lande hervorbringen wird, und wir, die Liberalen selbst, werden diese Richtung vorbereiten haben, aber wir thun dies, weil wir zu einem solchen Dienst gegen das Vaterland verpflichtet sind. Gehen wir nicht mit kleinem Sinn an diese große Arbeit, sondern suchen wir immer ganz mit dem Geiste uns zu erfüllen, der allein solche Gesetze dictiren kann; daß ist das starke Selbstbewußtsein, daß wir mit Bürgern zu rechnen haben, welche überall nur auf eine klare Annäherung des Gesetzes warten, um dieser zum Theil als Gehörhabe, zum Theil als Mithelfende Folge zu geben. Thun wir dies, so werden wir ein Regiment einrichten, welches überall das Gesetz zur Herrschaft bringt und nirgends die Gefesseltigkeit aufkommen läßt.

Unter dem lauten und allseitigen Beifall des Hauses schließt der Abg. Lasker seinen zweifelhafte Vortrag, dessen wesentlichen Inhalt wir, soviel Zeit und Raum es gestatten, wiedergegeben zu haben glauben. Viele seiner politischen Freunde traten an ihn heran, um ihm zu danken und ihn zu beglückwünschen. Doch entleert sich das in großer Bewegung befindliche Haus sofort bis zur Hälfte, sobald der nächste Redner die Tribüne betritt, die von den Zurückbleibenden umstanden wird, um die mit leiser Stimme gefprochene Rede zu verstehen.

Abg. v. Gerlach: Alle Redner in dieser zweitägigen Debatte sind von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Kreisordnung als Baß der gegenwärtigen Vorlage unumstößlich und unantastbar feststehe. Nun ist sie allerdings ein Gesetz, aber auch nichts mehr als ein solches, Gesetze können abgeändert werden und das müßte mit der Kreisordnung zunächst geschehen, bevor wir die gegenwärtigen Vorlagen zu Ende beraten. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, es sind gewiß außer mir noch andere Herren in diesem und noch mehr im Herrenhause, die die Kreisordnung gern abschaffen möchten. (Heiterkeit.) Es ist ja eine solche schnelle Wiederabfassung von Gesetzen nichts Neues. Im December 1848 wurden alle die im Laufe jenes Jahres mit so großem Applaus gegebenen Gesetze einfach wieder abgeschafft und umgestoßen, und bei dieser Wiederabfassung hat besonders lebhaft ein Mitglied der damaligen Vertretung mitgewirkt, das nachher eine Berühmtheit und Popularität erlangt hat, wie sie auch die hervorragendsten Mitglieder dieses Hauses nicht die leiseste Aussicht haben, jemals zu erreichen. Die ganze deutsche Reichsverfassung, vom Jahre 1849 mit den sogenannten Grundrechten wurde 1852 ohne Weiteres beseitigt.

Das Princip der Consequenz der Gesetzgebung ist also keineswegs als etwas Selbstverständliches festzuhalten. Den schneidendsten Widerspruch gegen dieses Princip haben allerdings der Reichskanzler und der gegenwärtige Minister des Innern selbst tungethan, als sie 1862 bis 1866 ein Verfahren einschlugen und als gesetzlich berechtigt auftraten, welches von der großen Mehrheit dieses Hauses als ein offener Verfassungsbruch erklärt wurde. (Auf: zur Sache! Der Präsident: Der Redner spricht allerdings insofern zur Sache, als er aus historischen Analogien keinen Widerspruch gegen das ganze Gesetz begründen will, was bei der allgemeinen Diskussion zulässig ist), und als dann nach 1866 der Minister Graf Eulenburg offen erklärte, er sei bisher verbotene Wege gewandelt. (Heiterkeit.) Es darf also keineswegs die Kreisordnung als Privilegium in Anspruch nehmen, als unantastbare Rechtsgrundlage für alle die jetzt beabsichtigten Reformgesetze dazuziehen. Das Herrenhaus hat bekanntlich die Kreisordnung als ein revolutionäres Gesetz abgelehnt und nur durch den Reichsrath war es möglich, sie dort durchzuführen. Dies steht zwar nicht der Gesetzeskraft der Kreisordnung, wohl aber der maßlosen Autorität entgegen, die ihr hier zugeschrieben wird. Ich schätze einen solchen Reichsrath einem Staatsstreiche gleich (Oh!) und dieser Staatsstreiche geschah zu derselben Zeit, wo die Kirchengesetze eingebracht wurden, die eine so traurige Verwirrung in unserem ganzen Staatsleben geschaffen haben. Ich will nun keineswegs die ganze Kreisordnung ohne Weiteres beseitigen. So sehr ich sie auch im Ganzen für ein verwerfliches und revolutionäres Gesetz halte, finde ich doch im Einzelnen manches Annehmbare darin. Aber ich verwahre mich dagegen, daß wir jetzt mit einem Male im Sturm der Begeisterung ein nagelneues Preußen schaffen sollen. Die gegenwärtige Vorlage behandelt die Provinzen geradezu als wie einen Rohstoff, aus dem man machen und in den man hineinarbeiten kann, was und wie man will.

Die Provinzen sind staatsrechtliche Persönlichkeiten, die ihre Geschichte haben, die im Laufe der Jahrhunderte erwachsen, nicht aber aus irgend einer legislativen Willkür entstanden sind. Die Gesetzgebung darf die Continuität nicht so ohne Weiteres durchbrechen und etwas Nagelneues schaffen wollen. Nichts ist zerbrechlicher als das Neue, und das Nagelneue ist zugleich das am meisten Gefährliche. Ein Engländer hat einmal gesagt: „bei uns in England ist immer alles Neue alt und alles Alte neu“ — dieses schöne Wort sollte sich die Regierung zum Muster nehmen. Aber leider ist dies bei uns jetzt, wo wir fortwährend mit ganzen Fluthen von neuen Gesetzen überflutet werden, nicht zu erwarten. Ich muß sagen, als gestern der Abg. Miquel die Regierung so sehr begeistert wegen ihrer Rührigkeit und einschneidenden Energie bei Einbringung dieses Gesetzes belobte, da überließ mich ein wahrer Schauer. (Heiterkeit.) Man hat sich auf Stein berufen; vergißt aber dabei gänzlich, daß man einen Stein anterior und einen Stein posterior streng unterscheiden muß, die einander so unähnlich sind, daß das sehr wahre Wort entstand, Stein sei später ein eifriger Gegner der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung gewesen. Man führt hier eine völlige neue Maschinerie ein, auf Wahlen beruhend, bei denen das Parteiwesen bis in die untersten Schichten des Landes hineingeworfen wird. Man sagt, unser Ständewesen sei veraltet, ungenügend und den Aufgaben der Gegenwart nicht gewachsen. Daraus folgt doch höchstens, daß es reformbedürftig sei, aber nicht, daß damit tabula rasa gemacht werde. Thron und Altar können nicht bestehen, wenn das ganze Land in einer ihnen ganz entgegengesetzten Weise organisiert wird, wie es diese Vorlagen wollen. Dann verwandelt sich das Königthum in ein bloßes Ornament: „le roi regne; mais il ne gouverne pas.“ Davor möchte ich das Königthum Preußen bewahren. Uebrigens danke ich den Herren (die die Tribüne umstehen), daß Sie meiner Rede so freundlich zugehört haben.

Abg. v. Sybel: Die Provinzial-Ordnung soll die Centralbehörden entlasten und damit wird auch der in letzter Zeit vielfach gehörte Klage ein Ende gemacht werden über die allgütige und schnelle Gesetzmacherei; denn es ist in der That für den thätigsten und genialsten Kopf unmöglich, bei dieser Masse gesetzgeberischer Arbeiten Ueberblick und Arbeitslust zu behalten; deshalb tragen auch unsere Gesetze manchmal den Stempel einer gewissen Raschheit, noch häufiger aber den eines gewissen Resignations-Patriotismus. Es

müßte eine collegiale Behörde constituirte werden, die ausschließlich mit der Ausarbeitung der Gesetzesentwürfe beauftragt wäre, wenn diese Einrichtung ihre vollen Früchte tragen sollte, müßte aber ein in der That dirigirender Präsident des Ministeriums stehen, damit eine in Wahrheit einheitliche Spitze vorhanden ist, die dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. In früheren Zeiten, während der absoluten Monarchie war der König diese verantwortliche einheitliche Spitze; seit dem Eintreten in die constitutionelle Verfassung fehlt diese Spitze, und seitdem Preußen an die Spitze der europäischen Staaten getreten ist, ist diese einheitliche Spitze auch für seine äußere Sicherheit unerlässlich. Was nun die Provinzen betrifft, so kann ich mich zu irgend einer Anschauung von erwünschten überlieferten historisch-politischen Individualitäten nicht aufschwingen; alle unsere Provinzen, Schlesien vielleicht ausgenommen, sind erst Schöpfungen des neueren diplomatischen Geistes, oft sogar abgegrenzt mit Verleugnung und Fälschung aller historisch überlieferten Eigenthümlichkeiten. So haben wir z. B. in der Rheinprovinz nicht bloß ein Aggregat von kurpfälzischen, kurlohnischen und kurtrierischen Territorien, von Reichsstädten und halbimmediaten Städten; wir haben sogar auf der anderen Seite nach den lokalen Bedürfnissen und Beschäftigungen der Einwohner eine höchst erkennbare Doppeltheilung: einen industriellen Norden und einen ganz und gar agrarischen, von der Industrie fast gänzlich entblößten Süden mit einer so geringen Gemeinschaft der Interessen, daß der Verkehr gar nicht schwieriger sein könnte, wenn die Pyrenäen dazwischen lägen (Abg. Fraassen: Der Waarenverkehr ist sehr bedeutend).

Es gehen auch über die Pyrenäen manche schätzbare Waaren, wie wir das in letzter Zeit vielfach gesehen haben. Es wäre aber zu wünschen, daß wir unsere Provinzen zu politischen Individualitäten heranziehen; nur dürfen wir dieselben nicht allzu groß sein lassen gegenüber der einheitlichen Constitution des Staates. Die Einheitselemente Deutschlands wurde nicht so wohl durch die Kleinstaaten als durch die Mittelstaaten gebildet, und ich wünsche nicht, daß wir innerhalb Preußens derartige Mittelstaaten schaffen. Wenn der Abgeordnete Lasker meinte, daß bei der Provinzialvertretung sich die Interessengruppen von selbst herstellen würde, weil man Männer einer anderen Interessengruppe wegen ihrer Kenntnisse und ihrer Thätigkeit wählen würde, so kann ich das Gegenstück beweisen; immer haben die Parteien mit aller Macht ihre besonderen Candidaten durchzubringen gesucht. Die liberalen Parteien am Rheine empfinden schon jetzt sehr empfindlich die Uebelstände des Reichswahlgesetzes (Kauf im Centrum: Ja wohl! Heiterkeit.) Sie werden es mir doch nicht verübeln, lieber wäre mir, wenn wir auf Ihren Blasen säßen. (Große Heiterkeit.) Wenn der Abg. Lasker uns Abhilfe in Aussicht stellt, so muß ich bemerken, daß er nicht der einzelne Legislator ist, sondern Collegen hat, die mit der Regierung und dem Herrenhause abzurechnen haben. Uebrigens kann der Richter wohl warten, bis ein politisches Vergehen vorhanden ist und dann praktisch eintreten, aber der Gesetzgeber muß die Zustände und Bedürfnisse des Landes überlegen und für die Zukunft das Richtige zu treffen suchen. Wenn er übrigens den Ausdruck, welchen der Minister gestern gebrauchte, daß die Uebertragung der Selbstverwaltung auf die Bürger eine Machtfrage sei, bemängelte, so kann ich ihm darin nicht beistimmen.

Durch die Uebertragung der Selbstverwaltung auf die Bürger leistet der Staat einen gewissen Verzicht auf gewisse deutlich erkennbare Theile seiner Macht, und er kann sich wohl fragen, ob es im Interesse des Gemeinwohles liegt, auf derartige Regierungsmacht zu verzichten. In Frankreich hat dieser Verzicht, der 1791 gemacht wurde, zum Terrorismus, zum Despotismus, zur Tyrannei und schließlich zum napoleonischen Kaiserreiche geführt. Was nun die Schwierigkeit der Uebertragung der Kreisordnung auf die westlichen Provinzen betrifft, so höre ich die Politik des Vogel Strauß nachahmen, wenn man die bedeutenden Schwierigkeiten nicht sehen wollte, es wäre kein fähner, sondern ein thörichter Schritt, wenn man Gesetze im raschen athemlosen Laufe machen wollte, ohne zu bedenken, daß sie sich in der Praxis als schädlich herausstellen würden. Ich kann nicht einmal zugeben, daß man binnen eines gewissen Zeitraums mit diesen Gesetzen vorgehen müßte, denn die Beseitigung dieser Hindernisse liegt weniger in unserem Willen als vielmehr in den thatsächlichen Verhältnissen, und zu sagen, in einer bestimmten Frist müssen die Hindernisse beseitigt sein, kann ich nur Verneinung nennen. Geküert wurde gesagt, man verleihe es wohl, weshalb die Regierung Schleswig-Holstein, Hannover oder Posen aus dem Spiele lasse, nicht aber, weshalb die Rheinprovinz von der Reform ausgeschlossen würde. Ich bin der Meinung, wenn man Posen und die Rheinprovinz vergleicht nach der Beziehung, in welcher Provinz die Regierung ein größeres Risiko läuft, wenn sie auf die Verwaltung verzichtet, so sage ich, daß die Möglichkeit des Verzichts in der Rheinprovinz zehnmal größer ist als in Posen. (Große Bewegung. Lebhafter Widerspruch.)

Ich kann das Haus nun bitten, sich etwas näher über die gegenwärtigen Zustände der Rheinprovinz zu informieren; z. B. über den Zustand der rheinischen Unterrichtsanstalten im Vergleich mit den altländischen, und dabei nehme ich keine Art der Unterrichtsanstalten provinziellen Charakters aus. (Abg. Windthorst-Meppen: Aber doch die Universitäten der Allen! — Große Heiterkeit.) Ich kann dem verehrten Abgeordneten für Meppen versichern, daß ich auch auf die Corporation, der ich angehöre, mit unbedingter Bescheidenheit blicke und weit entfernt von der Annahme bin, zu glauben, daß sie einen hohen Vorrang vor ihren Schwesternanstalten des deutschen Reiches behauptet. Aber je mehr ich mich in diesem Gefühle bewege, um so sicherer spreche ich es aus, daß im großen Durchschnitte die rheinischen Gymnasien, Real Schulen und Universitäten — (Große Heiterkeit) und Volksschulen meine ich, mit wenigen Ausnahmen ganz entschieden hinter den altländischen Anstalten zurückgeblieben sind. (Sehr wahr! links.) Das liegt an dem Unterrichtssystem, welches jetzt seit 30 Jahren in der Rheinprovinz um die Wette von Staats- und Kirchenbehörden insofern worden ist, und das erst in neuerer Zeit durch den gegenwärtigen Cultusminister eine Wendung zum Besseren bekommen hat. (Oh! im Centrum,) es liegt, m. H., an den Bestrebungen, als deren künftiger Vertreter in früheren Jahren der geehrte Redner gegolten hat, der vor mir soeben auf dieser Tribüne stand. Diese politisch-kirchliche Schule ist es gewesen, die seit einem vollen Menschenalter dort wie anderwärts, nur am Rhein mit doppeltem Gewicht den Aufschwung der Volkscultur, der allerdings unter dem Ministerium Altenstein und unter der Regierung Friedrich Wilhelm III. eine erfreuliche Wendung genommen hatte, wieder zernichtet hat.

Meine Herren! Sie kennen den Brauch akademischer Lehrer, wenn das Semester anfängt, sich gegenseitig etwas mit der Frage zu fragen: Wie viel Zuhörer haben Sie denn gewonnen? Bei uns in Bonn ist immer die zweite Frage? und wieviel sind darunter Norddeutsche und Westrheinder? und wer eine relativ kleine Quote von rheinischen Zöglingen und eine relativ große von norddeutschen aufweisen kann, der ist ein viel beneideter Mann unter seinen Collegen. Ich will daraus die Conclusion ziehen, daß es sehr begreiflich ist, wenn die königliche Staatsregierung bei jedem Entschlusse der allgemeinen Durchführung der neuen Verwaltungsreform doch gerade in den westlichen Provinzen mit Umsicht und Voricht vorwärts geht, daß es nicht nur sehr begreiflich, sondern die Pflicht der Regierung ist, sehr wohl zu erwägen, in wessen Hände Autonomie und Selbstverwaltung in den westlichen Provinzen gelegt wird. Ich unterscheide sehr bestimmt zwischen den Parteien und ihrem Werthe als für die Frage der Selbstverwaltung: ich unterschreibe jedes Wort, was der Abg. Lasker über die heilende Kraft gerade des gemeinsamen praktischen Wissens gegenüber dem politischen Parteigegensatz gesagt hat. Aber es giebt ganz eigenthümliche Parteien. So viel ich weiß, hat das hohe Haus nicht das Glück, einen Socialdemokraten, der der Internationalen angehört, in seiner Mitte zu besitzen; ich berühre also keinen für das Haus etwa glühenden Punkt. Ich fingire den Fall, der sich ja bekanntlich in Rheinland und Westfalen nach den Hoffnungen der Herren Socialisten und Sozialen noch nicht verwirklicht hat, der aber doch möglicherweise einmal eintreten könnte, daß die große Majorität der rheinischen Bevölkerung den Doctrinen gewonnen wird. Ich hoffe, dieser Fall wird nicht so bald eintreten, aber möglich ist er doch.

Nun sehen Sie in diesem Falle die Wahlen zu den Communal-, Kreis- und Provinzialämtern sämmtlich beherrscht von einer internationalen Majorität, die erklärt, daß jedes Landesgesetz nur Geltung hat, so weit es mit dem Parteiprogramm übereinstimmt, an dessen Spitze die Pflicht der unbedingten Unterwerfung unter die Befehle des Bundeshauptes steht. Nehmen Sie dazu, daß dieses Bundeshaupt im Laufe der Jahre (Kauf links: auswärtsiges Bundeshaupt!) von London nach New York verzoogen und damit unseren Interessen noch fremder geworden ist. Eine solche Partei, die die Nichtbeachtung unserer Gesetze ihren Genossen auferlegt hat, übernimmt in der Rheinprovinz alle durch die Organisation geschaffenen Stellen. Sie wissen weiter, daß diese Partei sich durch alle Lande Europas verzweigt, nach dem Krach zwar wegen der sinkenden Coniunctur ein wenig entrüstet, aber jeden Augenblick bereit, wieder Luft, Feuer und Tabakdunst zu bekommen. Sie hat in Frankreich, sowie anderwärts mächtige Ableger und würde gern an Stelle der jetzigen conservativen Republik dort die rothe setzen. Eine der ersten Maßregeln wäre der Krieg gegen alle Könige, insbesondere gegen den König von Preußen, den deutschen Kaiser, als den Urheber des Militarismus. Es würde nicht daran denken, daß hier in Preußen durch Ihre Gesetze eine so vortreffliche Menge von Freiheit und Autonomie eingeführt wird. Sie würde in ganz Europa unser deutsches Reich mit ihren Nezen zu umgeben suchen, und seien Sie sicher, wenn einmal an einer solchen

Stelle ein derartiger Ausbruch erfolgt, so würden alle die durch sie gewählten Beamten in diesen Provinzen gemessene Orde haben, nicht im Sinne des Staats, sondern im Sinne der Partei zu verfahren.

Nun, meine Herren, ich präsumire hier einen Fall, der aber in jedem Augenblick möglicherweise sich verwirklichen kann. Von diesem Raisonnement aus komme ich zu meinem ursprünglichen Satze: unsere Staatsregierung thut sehr wohl, in einer Gegend, die voll von Fabrikten, voll von Groß-Industrie, voll von unruhig gährenden Arbeitermassen ist, die Augen offen zu halten, in einer solchen Machtfrage die beiderseitige Stellung zu prüfen, erst nach bestimmter Ermägung aller denkbaren Folgen, auch aller europäischen Coniuncturen in einer solchen Provinz sofort mit der Verwaltungsreform vorzugehen. Es ist Ihnen wohl eingewendet worden: sollen wir denn unsere große Reform aufhalten und hindern durch die Rücksicht auf solche momentane Besorgnisse, durch solche vorübergehende Streitigkeiten? Ich bleibe immer bei meinem Gleichnisse: wenn das sicher wäre, daß die sociale Frage in den drei von dem Abg. Lasker bezeichneten Jahren gelöst würde, nun, so hätte ich auch nichts dagegen, daß man heute schon mit der Reform vorwärts ginge. Da aber die sociale Frage eine Frage von weltgeschichtlicher Bedeutung ist, während alle unsere Verwaltungsreformen doch immer nur staatsgeschichtliches Gewicht haben, so kann ich nicht anders, als solchen Fragen gegenüber die Entwidlung der Verwaltungsreform mit Vorsicht unterordnen.

Was mir als der wichtigste Kampf erscheint, der dem deutschen Reiche und dem preussischen Staate heute obliegt, das kann ich nicht als ein kleines Hinderniß behandeln; dem muß ich Rechnung tragen bei jedem neuen Gesetz, bei jeder Verwaltungsreform — bei Strafe der gefährlichsten Consequenzen für die Sicherheit des Staates, für das Wohl unserer Nation. Mein lebhaftester Wunsch ist es, daß die Zeit bald kommen möge, wo auch dieser innere Streit ausgefochten ist, wo es keine Partei mehr in unserem Vaterlande giebt, die einen auswärtigen Gesetzgeber verehrt, die auswärtige Gesetze höher stellt, als die vaterländischen. Bei aller Selbstverwaltung ist die erste und letzte Voraussetzung — auch das hat vorhin der Abg. Lasker bereits ausgeprochen — die Herrschaft des Gesetzes; und wenn er gesagt hat: nach Erlaß dieser Gesetze wird es an uns sein, die Charaktere auszubilden, so wünsche ich ihm lebhaft, daß er recht bald eine Menge Schüler seines Charakters ziehen möge, muß aber einwirken auf dem Zweifel beharren, daß es in unserem Vaterlande leider Tausende und viele Tausende giebt, denen durch Agitation mannigfacher Art der unbedingte Respekt vor dem vaterländischen Gesetz, der die unerlässliche Grundbedingung des Selbstregiments ist, zur Zeit gründlich abhanden gekommen ist, daß demnach also bei festgestelltem Beschluß, vorwärts zu schreiten, doch entschiedener Vorzicht in tempo, in quomodo und in quando vorgeschrieben ist. (Beifall; Zwischen im Centrum.)

Um 4 Uhr wird ein Antrag auf Schluß der ersten Verathung abgelehnt, dagegen die Vertagung derselben bis Donnerstag 11 Uhr beschlossen; doch bleibt, wie immer nach sehr erregten Debatten, Anlaß zu einigen persönlichen Bemerkungen zurück. So bespricht sich Abg. v. Kardorff über einige Mißverständnisse, die seine gestrige Rede, fogar, was hart sei, bei seinem Parteigenossen Grafen Winklerode habe erfahren müssen; der Gedante, den schlesischen Magnaten Beirathungen im Provinzialausschuß zu verschaffen, liege ihm durchaus fern.

Durch ihre eigenthümliche Form fällt folgende persönliche Bemerkung des Abg. v. Gerlach auf: Ich frage den Abg. v. Sybel, ob er gesagt hat, daß ich der Unterthätigkeit Bonn Schaden zugefügt habe? (Der Abg. v. Sybel, der die Frage nicht verstanden hat, eilt herbei und läßt sie sich von Windthorst (Meppen) dem Nachbar des Herrn v. Gerlach, wiederholen.) Präsident (v. Bennigsen): Ich habe den Abg. v. Sybel nicht so verstanden, muß aber bemerken, daß diese Art gegen einen Abgeordneten ein Verhör zu eröffnen in diesem Hause neu ist. Abg. v. Gerlach: Dann bin ich befriedigt und habe weiter kein Bedürfnis. (Heiterkeit.) Abg. v. Sybel: Ich habe nur gesagt, daß das System, dem der Abg. v. Gerlach dient, und das er mit repräsentirt, so lange es herrscht, allerorten Schaden angelistet und ruinend gewirkt hat, also auch in der Rheinprovinz; daß er persönlich die Unterthätigkeit von Bonn speciell geschädigt habe, das habe ich nicht gesagt. Abg. v. Gerlach: Ich danke sehr. (Heiterkeit.)

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht die heute wiederum abgebrochene erste Verathung der Provinzialordnung, sodann der Antrag Windthorst's, betreffend die Kreisordnung für Rheinland und Westfalen und der Gesetzentwurf betreffend die Provinz Berlin.

Berlin, 10. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Baurath Erdmann zu Marienwerder den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem Handlungsgehilfen Otto Raesche zu Ortelburg die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben im Namen des Deutschen Reiches den Vizekonsul Sidney L. Laubein auf Gernsey und den Kaufmann James F. Fowle zu Barrow in Turnee zu Vice-Consuln des deutschen Reiches ernannt.

Dem kaiserlichen Consul Bis marck in Tientsin ist auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. Mai 1870 die allgemeine Ermächtigung ertheilt worden, bürgerlich gültige Geschließungen von Reichsangehörigen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle von Reichsangehörigen zu beurkunden. — Die Oberförster-Candidaten Thoman zu Thann, Winter zu Saslach, Göttele zu Maasbühl und Kayser zu Wensfeld sind zu kaiserlichen Oberförstern ernannt worden.

Se. Majestät der König hat den Appellationsgerichts-Vize-Präsidenten Elster in Frankfurt a. O. zum Präsidenten des Appellationsgerichts in Halberstadt und den Oberstaatsanwalt Ressel zu Königsberg i. Pr. zum Vize-Präsidenten bei dem Appellationsgericht in Frankfurt a. O. ernannt; sowie dem Notar Klein zu Obercaßel bei seiner Veretzung in den Ruhestand den Charakter als Justiz-Rath verliehen.

Berlin, 10. Februar. [Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags militärische Meldungen entgegen. Abends 9½ Uhr begaben sich die Kronprinzenlichen Herrschaften zum Ball in das königliche Schloß. (Reichsanz.)

Gewinn-Liste der 2. Klasse 151. Königl. Preuss. Classen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummer in Parenthese beigelegt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung 2. Klasse 151. Königl. preussischen Classen-Lotterie sind folgende Nummern gezogen worden:

3. 15. 29. 49. 77. 191. 240. 72. 367. 405. 7. 15 (120). 22. 35. 95. 96. 98. 506. 21. 67 (120). 77 (120). 92. 715. 35 (120). 822. 69. 90. 901. 38. 55. 86. 1125. 84. 98. 340. 43. 71. 79 (120). 91. 408. 22. 77. 590. 95. 606 (150). 52. 66 (120). 83. 705. 44. 70. 812. 917. 35. 2003. 226. 28. 73. 86. 304. 15. 19. 44. 85. 91. 433. 551. 656. 74. 701. 38 (120). 87. 841. 50. 909. 14. 18. 3019. 82. 101. 54. 90. 235. 44. 324. 29. 30. 477 (120). 503 (150). 68. 74. 650. 53. 742. 871. 957. 4054. 113. 85. 201. 26. 47. 98. 341. 65. 438. 522. 23. 33. 673. 711. 802. 24. 71. 81. 5095. 180. 98. 205. 45. 51. 376. 79. 493. 94. 541. 50. 709. 50. 65. 809. 74. 918. 73. 6067. 91. 138. 65. 228. 53. 65. 98. 315 (150). 24. 466. 514. 17. 18. 30. 45. 86. 600. 1. 9 (180). 13. 31. 61 (600). 880. 81. 965. 79. 84 (240). 7092. 111. 13. 19. 36. 56. 98. 255. 58. 68. 355. 477. 504. 608. 25. 42. 842. 59. 91 (150). 922. 24. 56. 99. 8005. 68. 95. 210. 61. 334. 403. 13. 26. 558. 697. 705. 846. 914. 22. 57. 9025. 86. 94 (120). 185. 231. 413. 23. 516. 50. 88. 719 (120). 890. 916. 30. 53. 66 (120).

10.020. 59. 134. 42 (120). 218. 357. 63. 570 (150). 636. 86 (120). 766. 88. 93 (120). 97 (150). 816. 27. 909. 13. 20. 11.013. 40. 47. 56. 69. 144. 82 (150). 241. 314. 38. 40 (120). 56. 83. 428 (120). 55 (150). 527. 607. 64. 72. 798. 842 (150). 52. 955. 66. 90. 93. 94. 12.001. 23. 45. 74. 80. 114. 241. 350. 427. 93. 510. 659. 68. 701. 81. 805. 28. 913. 19. 52. 13.033. 38 (120). 39. 49. 69. 427. 96. 561. 641. 59 (180). 96. 733. 854. 94. 910 (120). 31. 35. 48. 14.041 (150). 44. 163. 222. 41. 60. 380 (120). 412. 503. 36. 73. 604. 39. 51. 750. 63. 92. 854. 56. 95. 929. 31. 69. 15.031. 38. 61. 77. 118. 36. 60. 227. 60. 65 (120). 95. 329. 39. 422. 44. 508. 23 (120). 71. 724. 40. 812. 16.156. 69. 75. 251. 94. 96. 328. 30 (120). 52. 441. 607. 17. 60. 78. 86. 87 (120). 98. 722. 44. 59. 98 (120). 845. 66. 71 (120). 17.018. 22 (120). 49. 51. 98. 198. 319. 38. 421. 64. 68. 543. 49. 648. 79. 742. 58. 18.047. 55. 89 (120). 157. 76. 79. 81. 226. 91. 308. 45. 488. 530. 44. 639. 49 (120). 53. 72. 80. 88. 95. 750. 77. 966. 74. 19.059. 79. 167. 206. 43. 77. 420. 508. 624 (1200). 775. 878. 96. 923. 98 (240).

20.005. 44. 97. 188. 218. 89. 353. 438. 500. 49. 618. 82 (120). 704. 807. 30. 922. 21.018. 47. 326. 402. 30. 65 (120). 523. 624. 49. 63 (120). 67. 735. 92. 928. 32. 22.049. 78. 121. 45. 71. 87. 273. 304. 19. 419. 503 (120). 57. 737. 952. 88. 23.022. 72. 111. 67. 285. 503. 30. 612. 705 (150). 93. 802. 16 (150). 42. 75. 952. 61. 24.008. 13. 155. 71. 290. 306. 69. 428. 66. 506. 58. 94. 860. 25.089. 150. 202. 3. 55 (120). 76. 300. 401. 53. 58. 560 (120). 612. 14. 89. 768.



69 (120). 842. 46. 52. 76. 26,001. 64. 93. 286. 336 (1800). 59. 89. 456. 529. 75. 717. 852 (120). 81. 94. 940. 87. 27,029. 41. 171. 86. 301. 50. 93. 422 (150). 23. 40. 500. 70 (180). 85. 95. 637. 97. 704. 842. 905. 33. 72. 28,003. 30. 99. 275. 78. 378. 84. 97. 401. 40. 575. 86. 683 (120). 756. 73. 852. 84. 978. 29,163. 99. 202. 77. 301 (120). 31. 65. 85. 404. 58. 602. 16. 84. 735. 66 (240). 80. 847. 98. 922. 46. 75.

30,000. 27. 152. 338. 415. 48. 61 (120). 70. 79. 548. 614. 96. 700 (6000). 41. 815 (120). 18. 28. 73. 909. 21. 35. 65. 31,004. 123. 263. 66. 91. 348. 50. 73. 413. 54. 66. 530. 31. 41. 609. 55. 71. 89. 91. 884. 922. 90. 32,037. 48. 86. 110. 64. 282. 94. 309. 15. 86. 401. 29. 43. 541. 70. 92 (180). 631. 51. 91. 723. 67. 812. 43 (180). 49. 62. 78. 924. 50 (6000). 52. 72. 85. 33,012. 54 (150). 112. 201. 78. 367. 428. 30 (120). 87. 527. 44. 671. 79. 734 (240). 53. 84. 846. 55. 972. 34,008. 99. 113. 28 (120). 50 (150). 96. 240. 49. 64. 307. 16. 53. 401. 62. 528. 80. 96 (120). 683 (120). 835 (150). 50. 60. 936. 97. 35,057. 64 (120). 215. 51. 96. 313 (120). 426. 525. 44. 50. 609. 24. 35. 43. 53. 66 (120). 702. 21. 79. 872. 939. 49. 36,088. 296. 302. 21. 27. 67. 429. 77. 524. 27 (120). 655. 710. 37. 47 (150). 56 (150). 71. 833. 44. 45. 57. 82. 926 (120). 79. 37,029. 62. 182. 287. 92. 99. 306. 12. 45. 77. 79. 406. 17. 58. 72. 507. 21. 41. 56. 602. 21. 98. 702 (180). 46. 84 (120). 813 (300). 57. 76. 924. 98. 38,059. 67. 98. 116. 72. 80. 207. 11. 29. 31. 32. 36. 76. 97. 332. 33. 58. 73. 404. 32. 33. 58. 68. 95. 88. 502. 5. 14. 21. 623. 71. 99. 718. 64. 91. 92 (120). 826. 27. 51. 963. 39,029 (120). 124. 201. 6 (120). 15. 59. 67. 71. 323. 30. 39. 401. 34. 99. 502. 5. 674. 704 (120). 34. 42. 51 (120). 74. 821 (150). 68. 959.

40,005. 11. 53. 61. 69. 133. 50. 72. 267. 68. 330. 67. 408. 48. 54. 55. 61. 96. 561 (120). 606. 19. 715. 36. 86. 817. 25 (120). 51. 980. 41,057. 79. 211. 318. 60. 403. 17. 34. 501. 29. 616. 49. 64. 702. 6. 63. 97. 98. 833. 39. 920. 78. 90. 42,031. 78. 121. 31. 83. 358. 430. 68. 73. 637. 705. 8. 24. 84. 99. 817. 43,138 (150). 60 (120). 220. 35. 43. 44. 62. 87. 339 (300). 48. 69 (120). 421. 34. 63 (300). 759. 857 (120). 44,019. 148. 74. 215. 50 (120). 338. 432. 79. 522 (150). 26. 76. 649. 73. 95. 98. 736. 855. 83. 87. 925. 45. 66. 89. 45,280. 87. 319. 489. 597. 607. 934. 72. 46,006. 29. 60. 72. 154. 75. 251 (120). 374. 79. 88. 99 (120). 491. 511. 12. 32. 39. 93. 759. 98. 833. 55. 981. 47,003. 30. 162 (120). 226. 42. 97. 359. 80. 597. 684. 88. 768. 852. 934 (150). 74 (120). 48,053 (120). 66. 158. 70. 320. 63 (150). 93 (120). 434. 640. 750. 61. 831. 95. 900. 68. 49,020. 130. 287. 320. 503. 14. 61. 600. 93. 707. 88. 815 (120). 30. 86. 918.

50,004. 48. 101. 9 (240). 55. 68. 313. 43. 64. 458. 549. 697. 751. 79. 837 (120). 913. 40. 51,024. 30. 86. 109. 87. 248. 55 (120). 57. 76. 320. 46. 69. 81 (240). 465. 67. 92. 97. 589. 606. 33. 82 (300). 739. 74 (120). 75. 79. 846. 950. 52,013. 38. 162. 210. 34. 69. 415. 59. 705. 8. 11. 13. 823. 52. 53,012. 98. 150. 203. 6. 10. 347. 48. 97. 423. 59. 570. 898. 903. 54,014. 76 (120). 94. 133. 226 (150). 79. 376. 413 (150). 608. 23. 819. 66. 901. 2. 31 (120). 55,018. 28. 134. 61. 277. 98. 374. 83. 99. 511. 48 (150). 616. 709. 10. 68. 97. 814. 20. 906. 56,061. 132. 33. 41. 215. 90 (120). 303. 92. 423. 27. 598. 602. 6. 28. 62. 75. 702. 56 (120). 806. 36 (120). 67. 957. 81. 57,053 (180). 114. 21. 222. 353. 76. 425. 516. 44. 90. 629. 31. 34. 71. 762. 850. 95. 991. 58,163. 73. 213 (180). 379. 523. 41. 609. 47. 61. 84. 97 (120). 735. 44. 841. 913. 55. 79. 88. 59,020. 54. 84. 243. 361. 475. 89. 549. 70. 716. 39 (120). 804. 42 (120). 997.

60,101 (120). 29. 86. 347 (120). 67 (150). 70. 519. 55. 67. 76. 621 (120). 715. 23. 54. 59. 86. 88. 832. 903 (120). 61,022. 42. 49 (180). 50. 140. 60. 82. 260. 93. 343. 83. 424. 82. 535. 43. 50. 54. 90. 675. 732. 79. 99. 836 (120). 80. 946. 62,020. 31 (150). 141. 286. 402. 65. 69 (120). 99. 539. 672. 713. 805. 955. 63,039. 76. 128. 56. 87. 92. 213. 17. 345. 559 (120). 84 (150). 603. 87. 703. 858. 75. 904. 16. 33. 46 (120). 64,011. 37. 42. 117. 19. 30. 328. 51. 62. 67. 490. 816 (120). 29. 93. 98. 901. 14. 36. 81. 97. 65,025. 80. 133. 73. 246. 78. 319. 50. 404. 64. 72. 609. 817. 977. 66,002. 3. 15. 24. 31. 74. 77. 191. 312. 19 (120). 70. 95. 419. 21. 96. 553. 65. 660. 872. 910. 77. 67,014. 228 (150). 56. 337. 407. 22. 29. 68. 98. 516. 36 (150). 51. 616 (120). 54 (180). 65. 762. 83. 813. 32. 52. 86. 97. 937. 68,037. 102. 51. 76 (180). 230. 38. 54. 63. 68. 331. 416. 18. 533. 627. 43. 61. 64. 65. 80. 96. 740. 841. 51. 53. 902. 17 (120). 33. 74. 84. 69,558 (150). 59. 62. 87. 122. 34 (180). 44. 65 (150). 234. 71. 74. 95. 332 (180). 49. 69. 70. 422. 27. 58. 91. 525. 45. 605. 97. 99. 821. 97.

70,010. 22. 52. 136. 59. 76. 200. 86. 92. 315. 21. 48. 58. 64 (120). 84. 404 (120). 564. 90. 632. 713. 19. 23. 30. 47. 66. 852. 55. 67. 85. 906. 10. 66. 71,081. 88. 130. 50. 252. 309. 52. 414. 30. 36. 83. 95. 530. 55. 702. 88 (150). 92. 911. 15. 72,094. 183. 326. 90. 405. 20. 68. 523. 634. 66. 82. 710. 39. 816. 921. 73,001 (120). 30. 98. 112. 38. 76. 224. 324. 71. 409. 24. 72. 92 (180). 546. 78 (240). 620. 33. 755. 65. 66. 77. 938. 49. 74,150. 70. 228. 78. 419. 20. 68. 503 (120). 9 (150). 754 (120). 803. 9. 33. 39. 961 (120). 89. 75,014. 57. 121. 46. 57. 60. 61. 230. 55. 60. 67. 81. 303. 76. 457. 90. 629. 38. 61. 710. 29. 78. 814. 52. 65. 921. 76,000 (600). 7. 37. 85. 151. 75. 83. 90. 200. 64. 344. 55. 77. 420. 39. 42. 55. 86 (120). 595. 606. 29. 74. 80. 87. 743. 64. 84. 802. 40. 68. 89. 77,006. 94. 169. 96. 363. 413. 51. 634. 49. 782. 802. 32. 56. 933. 49. 78,041. 53. 85. 209. 50. 74. 93. 326. 33. 56. 92. 421. 43. 522. 42. 75. 84. 603. 59. 82. 702. 31. 52. 77. 832. 92 (120). 921. 85. 87 (150). 97. 79,081. 103. 14. 88. 205 (120). 20. 48. 63. 376. 78. 88. 92. 435. 95. 565. 611. 777. 78. 871. 76. 77. 952. 55.

80,052. 117. 63. 70. 306. 31. 78. 434 (120). 84. 92. 96. 98. 506. 9. 28. 702. 79 (180). 848. 81,087. 103. 91. 214. 49. 75. 93. 362. 82. 400. 89. 517. 44 (180). 615. 702. 12. 59. 818. 41. 73. 921. 82,139. 59. 71. 94. 204. 54. 64. 304. 5. 62. 73. 93. 437. 84. 89. 95. 514. 35. 47. 77. 628. 30. 65. 84. 85. 97. 757. 66. 70. 852. 929. 83,041. 71. 113. 21. 333. 477. 90. 507. 23. 32. 52. 636. 75. 716. 43. 98. 55. 81. 819. 84,069. 269. 92. 509. 42. 43. 63. 621. 96. 98. 99. 726. 29. 800 (120). 29 (120). 42. 74. 945. 56. 70. 79. 85. 85,037. 197. 316. 39. 66 (120). 70 (120). 418. 76. 87. 505. 81. 679. 93. 98. 714. 56. 60. 81. 85. 830. 59. 77. 999 (120). 86,077. 85. 104. 28. 59. 201. 40. 71. 305. 8. 33. 91. 406. 18. 45. 567. 645. 67. 719. 34. 807. 34. 51. 903. 50. 87,032. 77. 89. 111. 91. 324. 26. 77. 78 (120). 436. 40. 62 (240). 90 (120). 566. 74. 75. 98. 629. 53. 700. 15 (120). 27. 47. 60 (120). 822. 34. 46. 945. 51. 70. 88,037. 54. 60. 64. 144 (150). 66 (150). 80 (150). 270. 86. 395 (120). 400. 7. 95. 510. 67. 76. 86. 88. 603. 777. 807. 69. 903. 92. 89,019. 35. 55. 114. 33 (30,000). 62. 63. 235. 49. 363. 68. 573. 605. 32. 64. 737. 43. 46. 807. 47. 85.

90,021. 29. 64. 171. 221. 56. 76. 346. 447. 503. 36 (120). 606. 86. 761 (180). 836 (120). 918. 89. 91,044. 49. 95. 164. 79. 213. 324. 69 (120). 403. 94. 504. 18. 41 (120). 60. 81. 85 (120). 86. 647. 50 (120). 717. 40. 68. 834. 54. 70. 79. 84. 922. 51. 99. 92,012. 42 (150). 77. 136. 45. 59. 212. 302 (150). 7. 35. 41. 474. 502. 5. 27. 68. 76. 652. 86. 752. 63. 817 (120). 48. 921. 94. 93,000. 31. 46 (120). 237. 67. 361. 451. 81. 87. 600 (120). 44. 712. 28. 824 (300). 55. 77. 83. 940. 94,041. 44. 171. 81. 247. 341. 76. 99. 431. 97. 523. 95. 613. 20. 45. 62 (120). 68. 34. 802. 40. 72. 960.

© Berlin, 10. Febr. [Die Bauten am Jadebusen. — Die Resultate der Sparkasse.] Zu dem Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend Bauten und sonstige Anlagen an der Jade haben die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für das Seewesen und für Justiz den Antrag gestellt, daß die thatsächlichen Verhältnisse, aus welchen die Veranlassung zu dem Gesetzentwurfe entnommen sei, von der oldenburgischen Regierung in wesentlichen Punkten bestritten wird und es daher angemessen erscheine, die nähere Untersuchung der dringlichen Verhältnisse durch von beiden Theilen ernannte Sachverständige vornehmen zu lassen, den Reichskanzler zu ersuchen, zur Beantwortung der Frage, ob und inwieweit die auf dem oldenburgischen Gebiete vorgenommenen Einbauten in den Jadebusen die Erhaltung der Fahrwasser-tiefe der Jade von Wilhelmshafen und von da bis zur offenen See beeinträchtigen und welche Maßregeln dagegen zu ergreifen seien. Gleichzeitig soll die oldenburgische Regierung ersucht werden, bis zur weiteren Beschlußfassung des Bundesraths, ohne vorherige Verständigung mit der Admiralität, keine Bauten oder sonstige Anlagen an der Jade vorzunehmen oder zu gestatten, welche den dormalen bestehenden Zustand zum Nachtheil der gedachten Fahrwassertiefe verändern könnte. — Die Oberpräsidenten sind durch eine Verfügung des Ministers des Innern angewiesen worden, von jetzt ab die Nachweisungen über den Geschäftsbetrieb und die Resultate der Sparkassen nicht mehr an den Minister direct, sondern durch Vermittelung des königl. statistischen

Bureaus in Berlin einzureichen, welches demnächst die betreffenden Nachweisungen nach rechnermäßiger Revision und Ueberschreibung derselben, dem Minister vorlegen wird. Da sich in den bisher gelieferten Nachweisungen mannigfache Ungenauigkeiten, namentlich insofern ergeben haben, als bezüglich verschiedener Bezirke die am Schlusse des vorhergehenden Jahres als vorhanden aufgeführten Baarbestände mit dem neuen Vortrage an Baarbeständen in der Nachweisung des folgenden Jahres nicht übereinstimmen, so hat der Minister gleichzeitig angeordnet, Sorge zu tragen, daß künftig derartige Differenzen nicht wieder vorkommen oder daß solche doch, sofern sie sich nicht vermeiden lassen, in Bezug auf die thatsächlichen Umstände, durch welche sie veranlaßt worden sind, gehörig erläutert werden. Die Nachweisungen sollen möglichst bald nach erfolgtem Rechnungs-Abschlusse der Sparkassen-Verwaltungen, spätestens bis zu dem auf den Jahresabschluß folgenden 15. Juni dem statistischen Bureau zugehen; es bleibt jedoch den Oberpräsidenten anheimgegeben, den die Nachweisungen begleitenden Bericht gleich abschriftlich an den Minister des Innern einzureichen.

[Berlin - Görlitzer Eisenbahn.] Die „Deutsche Reichs-Corresp.“ brachte dieser Tage eine Nachricht, laut welcher eine vom Geheimen Rath Reichsgraf in Folge der Defraudation Bils angeordnete Revision noch weitere Defecte von ca. 600,000 Mark aufgedeckt habe. Diese Mitteilung ist von einigen Blättern mit dem weiteren Zusage reproducirt, daß der Schaden der Berlin-Görlitzer Eisenbahn (welche ja mit der Halle-Sorau-Guben-Eisenbahn gemeinsame Verwaltung genießt) treffe. Wir haben uns nun an erster Quelle informiert und erfahren, daß an jenen beiden Nachrichten nur die That-sache, daß eine Revision stattgefunden, richtig ist. Das Ergebnis derselben reducirt sich indessen — abgesehen von der durch den Rendanten Bils verübten Unterschlagung von 90,000 Thlr., betreffs welcher es auch noch in Frage steht, wer den Ausfall zu decken haben wird — einzig auf die Feststellung einiger ganz unbedeutender Defecte.

Aus Mecklenburg, 9. Februar. [In Betreff der Verfassungssache], die jetzt wieder brennend geworden ist, enthält die „Kreuzzeitung“ folgendes wunderliche „Eingefandte“ aus unserm Ländchen:

Man begegnet hier und da unbestimmten Besorgnissen, als könnte in die mecklenburgische Verfassungssache irgendwo von außen her eingegriffen werden. Namentlich fürchtet man dies von dem auf den Wägen des Antrags gestiegenen Reichstagsbeschlusse. Diese Befürchtungen sind jedoch völlig unbegründet. Der Bundesrath hat ähnliche Anträge schon wiederholt abgelehnt, und kann sie auch ferner nicht ablehnen; denn sie sind bundesverfassungswidrig. In Mecklenburg besteht eine Verfassung unter Reichsschutz wie sie § 76 der Bundesverfassung von der Bundescompetenz ausdrücklich ausnimmt. Dagegen hat nach § 77 der Bundesrath den Reichsschutz ihr nöthigenfalls zu verschaffen. Die mecklenburgischen Stände befinden sich also in vollkommener Sicherheit, daß ihnen ihr Recht nicht genommen werden kann; denn an eine Vergewaltigung darf man doch nicht denken unter dem Schutz des deutschen Reichs! Für das Reich bleibt es auch gar keinen Grund, eine Veränderung der mecklenburgischen Verfassung anzutreiben. Mecklenburg leistet dem Reiche Alles, was verlangt wird, und zu klagen hat auch Niemand mit Recht: Jedermann kann sein Recht vor einem Richter bringen; Unrecht findet keinen Platz in Mecklenburg.

Malchin, 10. Febr. [Eröffnung des Landtages.] Heute Mittag ist der Landtag eröffnet. Die schwerinsche Proposition äußert sich über die Verfassungsvorlage also: Der Großherzog bringe die Vorlage für den außerordentlichen Landtag vom Februar v. J. zur nochmaligen Verathung der Stände, indem derselbe an der in dem Landtagsabschiede vom 7. März v. J. ausgesprochenen Hoffnung festhalte, daß die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des von ihm verfolgten Zieles zu einer Verständigung über die vorgeschlagenen Grundzüge führen werde.

Braunschweig, 9. Februar. [Professor Almann †.] Wie von hier berichtet wird, hat der als Historiker auch in weiteren Kreisen bekannte Professor Dr. Almann durch einen Dolchstoß seinem Leben ein Ende gemacht. Der Verstorbene, 75 Jahre alt, hatte im vorigen Jahre sich zum zweiten Male verheiratet und erst vor kurzem unter allseitiger Theilnahme sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum gefeiert. Man fand ihn am Sonntag Morgen todt im Bette, und zwar mit einem noch in der Wunde stehenden, bis an's Hest ins Herz gestohlenen Dolche.

Halle i. W., 9. Februar. [Ein ultramontaner Landrath.] Dem „Wächter“ wird folgende auffällige Mittheilung gemacht: „In dem Schlosse Latenhausen, welches Eigenthum und Wohnsitz des königl. Landraths hiesigen Kreises, Grafen Korff-Schmising ist, befindet sich eine katholische Privatkapelle, welche auch von den Katholiken der Stadt Halle und Umgegend besucht wird. Am Sonntag den 31. Januar d. J. erschien nun nach beendigtem Gottesdienste ein gräflicher Bedienter in der Kapelle und forderte die Versammlung auf, ihm in die gräflichen Gemächer zu folgen, um dort eine Adresse an den hochwürdigsten Hrn. Bischof zu unterzeichnen. Ein großer Theil der Kirch-gänger folgte auch dem Bedienten in die Privatzimmer des Schlosses, wo demselben eine gedruckte Adresse an den Bischof Martin vorgelesen wurde, des Inhalts, daß die Absetzung des hochwürdigsten Herrn Bischofs nicht anerkannt und er fortgesetzt als rechtmäßiger Bischof werde angesehen werden etc. Ein Theil der Gläubigen beiderlei Geschlechts unterschrieb die Adresse, ein anderer zog es vor, ohne Unterschrift sich zu entfernen. Dies ist geschehen im Hause des königlichen Landraths des Kreises Halle i. W. am 31. Januar 1875. Einer weiteren Bemerkung bedarf es nicht.“

Aus Heffen, 8. Februar. [Ueber die Nachlaßregulirung des verstorbenen Kurfürsten] erfahren die „Hess. Bl.“ Folgendes: „Ueber die Ausführung seines letzten Willens hat derselbe bestimmt, daß die Testamentsexecutoren obliegen solle, zu welchen der frühere Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserl. französischen Hofe, Staatsrath v. Meyer, der frühere Finanzminister Rohde und der Cabinetsrath Schimmelpenninck bestellt sind. — Der Kaiser von Oesterreich hat in einem sehr warmen und beweglichen Schreiben an Ihre Durchlaucht die Fürstin von Hanau seinem tiefen Beileid um den Tod des Kurfürsten Ausdruck verliehen.“

Offenbach, 8. Februar. [Prinz Alphonse von Bourbon] mit Gemahlin hat sich vorgestern nach Heubach zum Fürsten Löwenstein begeben und wird heute hierher zurückkehren, um bei dem neugeborenen Prinzen des Fürsten von Senzburg-Birlein Patenschaft zu übernehmen. Damit erledigt sich gleichzeitig das Dementi der „Offenbacher Zeitung“ in dieser Angelegenheit. So meldet das „Fr. Z.“

Wien, 10. Febr. [Schiffahrt.] Wegen großer Kälte und des neuerdings eingetretenen Eisganges wurde der Schiffsverkehr auf der untern Donau abermals sistirt.

Graz, 10. Febr. [Fastenpredigten.] Da die Fastenpredigten in der Grager Diöcese häufig von Ausländern, namentlich deutschen Jesuiten gehalten werden, hat die Statthalterei den Pfarrämtern befohlen, daß dies nach den confessionellen Gesetzen unzulässig sei.

Agram, 10. Febr. [Kaiserreise.] Hier angelangten Meldungen zufolge findet die Reise des Kaisers Franz Josef nach Dalmatien erst im Mai statt.

Schweden.

Stockholm, 4. Febr. [Vorlage des neuen Armees-Plans.] — Eröffnung des norwegischen Storting. — Nun ist der Plan zur Reorganisation der Armees doch dem Reichstag vorgelegt worden, und zwar ehe die Grundsätze über die Ablösung der mit dem Heerwesen im engsten Zusammenhang stehenden Grundsteuern bekannt gemacht sind. In der Thronrede war geradezu die Solidarität dieser beiden Angelegenheiten anerkannt worden. Auch ist es unmöglich, zu einem festen Urtheil über die für das Heerwesen zu bringenden Opfer

zu gelangen, ehe man weiß, was für die Ablösung der Grundrenten zu entrichten ist. Die pecuniäre Frage spielt nun einmal hier in Schweden bei diesen Dingen die Hauptrolle, und alle Redensarten über Vaterlandsliebe, Aufopferungsfreudigkeit u. s. w. verlieren sofort ihre Bedeutung, wenn es sich um die Uebernahme neuer Lasten handelt. Die Reichstags-Verhandlungen der letzten zehn Jahre bekräftigen mehr als genügend diese meine Behauptung. Daß die schwedischen Bauern niemals darauf eingehen sollten, neben den Einzahlungen für die Aufhebung der eingetheilten Armees- und der Grundsteuern, noch ein bedeutend erhöhtes Armeebudget und eine persönliche große Dienstkraft zu übernehmen, halte ich für undenkbar. Jedenfalls aber werden sie wissen wollen, was sie zu zahlen haben, ehe sie sich an die Feststellung der neuen Bestimmungen für die Armees machen. Gleichzeitig mit dem Armees-Plan ist der Antrag vorgelegt worden, den § 80 der Verfassung dahin zu ändern, daß der Reichstag nicht durch einseitigen Beschluß die künftige neue Heerordnung, z. B. durch die Verweigerung irgend eines Geldpostens, soll verändern können. Voriges Jahr wurde der gleiche Regierungsvorschlag in beiden Kammern verworfen, in der Ersten freilich nur, weil man die Abfassung des Vorschlags als ungenügend ansah. Deshalb ist es wohl möglich, daß jetzt der Vorschlag in der ersten Kammer durchgeht; allein die Zweite wird ihn sicher verwerfen. Wie dann die gemeinsame Abstimmung ausfallen wird, ist noch nicht abzusehen. — Gestern wurde die diesjährige Storthings-Session in Christiania eröffnet. Die Thronrede, welche, da der König nicht zugegen war, vom Staatsrath Stenz gelesen wurde, enthält nicht viel. Es ist die Rede von einer guten finanziellen Lage, von Eisenbahnbauten, Theuerungszulagen für die Beamten, Anschluß an die schwedisch-dänische Münzconvention und der Einführung des metrischen Maßes und Gewichts. Das ist außer einigen allgemeinen Bemerkungen Alles. Tief eingreifende Gesetzentwürfe lassen sich auch von Seiten der Repräsentation nicht erwarten, und so hat es denn den Anschein, als ob die diesjährige Reichstagsession still und schnell verlaufen werde. (N. Pr. Ztg.)

## Provincial-Beitung.

\* Breslau, 11. Februar. [Die zweite Calamität] wird bedeutender als die erste, zu den vorhandenen Schneemassen hat sich jetzt gestern eine neue Schicht hinzugesellt, indem es fast ununterbrochen geschneit hat. Noch jetzt, 9 Uhr Morgens, dauert der Schneefall, wenn auch spärlicher, fort. Die Berliner Post ist bis jetzt regelmäßig eingetroffen, nur heut hat sie sich um fast eine Stunde verspätet. Unter den obwaltenden Umständen hat die Nieder-Schlesisch-Märkische Bahn das Mögliche geleistet. Bei anderen Bahnzügen und Posten sind natürlich mehrfache Verspätungen wegen der größeren Terrain-Schwierigkeiten vorgekommen.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Berlin, 11. Februar, Morgens. Der Bundesrath nahm gestern den Bankgesetz-Entwurf an.

Paris, 10. Febr., Abends. Das linke und rechte Centrum sind über die Zusammensetzung des Senats uneinig. Das linke wünscht die Wahl des gesammten Senats durch das allgemeine Stimmrecht, gemäß dem Gesetzentwurf Dufaure's, das rechte die Wahl theils durch das Staatsoberhaupt, theils durch die Generalräthe. Falls der Gesetzentwurf Dufaure's abgelehnt wird, wird die Linke das indirecte Wahlsystem unterstützen.

London, 10. Februar, Abends. Der Schatzkanzler erklärte der von ihm empfangenen Deputation für die Abschaffung der Einkommensteuer: Die Aufhebung der Steuer sei ohne Substitution einer anderen Steuer unmöglich. Die Königin kehrt Ende dieses Monats nach Windsor zurück, voraussichtlich in Begleitung des Prinzen Leopold.

Konstantinopel, 10. Febr. Die Eisenbahn-Commission hat heut ihre erste Sitzung abgehalten, welcher Baron Hirsch beizuhnte.

Washington, 9. Febr. Die Finanz-Commission des Congresses hat den Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung von baumwollenen und wollenen Manufakturwaren, sowie von Eisen und Stahl angenommen. Die Besteuerung von Papier, Bleiern, Leder, Zucker, Thee und Kaffee wurden dagegen abgelehnt. Die Finanzcommission schätzt die durch die vorgeschlagenen Steuern zu erzielende Mehreinnahme auf 30 Millionen Dollars.

(L. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Rom, 10. Febr. Wie „Fanfala“ erfährt, haben die kirchlichen Behörden die Geislichen angewiesen, in den Predigten der kommenden Fastenzeit politische Anspielungen zu vermeiden.

Berlin, 10. Februar. Das Geschäft nimmt gegenwärtig denselben Verlauf wie in der vorigen Woche, die ebenfalls in recht fester Tendenz begonnen hatte, dann aber ermattete. Die heutige Stimmung wird sehr bedeutend von dem Geschäftskarakter der beiden vorangegangenen Börsentage ab und zeigte sich wesentlich schwächer. Es ist dies auch nur zu erklärlich, da ein thatsächlicher allgemeiner Stimmungswandel sich eben noch nicht eingestellt hat, auch die Grundbedingungen dazu wohl schwierig schon gegeben sind. Die sämtlichen Beziehungen und Verhältnisse des Börsen- und Handelsverkehrs sind noch durchaus dieselben geblieben und die temporär auftretende Festigkeit ist eben meist kaum mehr als das Product einer augenblicklichen Wandlung, die keineswegs die Bürgschaft der Dauer in sich trägt. Die internationalen Speculations-Papiere entbehren nicht ganz des geschäftlichen Lebens und wurden namentlich Oesterreichische Creditactien rege umgekehrt. Die Course zogen im Laufe des Verkehrs zwar mitunter etwas an, verfolgten aber doch in der Hauptsache absteigende Richtungen. Die lokalen Speculations-Effekten behaupteten sich nur schwach, ließen anfänglich in den Notirungen nach und gewannen erst am Schluß eine festere Haltung, so daß sie nicht mit der niedrigsten Notiz schließen. Disc.-Command. 161,50, ult. 162—160—160,75. Dortmund Union 29,75, ult. 29,10—29,75. Laurah. 119,75—18,75—19. Die österr. Nebenbahnen waren sehr still und trugen im Allgemeinen eine matte Physiognomie. Josephsbahn weichen, Galizier besser behauptet. Auch für auswärtige Staatsanleihen war die Stimmung nur wenig fest und stellten sich die Notirungen meist niedriger. Nur einige Loosspapiere, wie Oesterr. 1864er, Türkenloose und Ungarische Loose erfreuten sich regerer Nachfrage bei anziehenden Course. Oesterr. 1860er Loose waren gedrückt, Renten und Türken offerirt, Ital



